



## Kritiker: Land soll der Branche nicht nachgeben

**KIEL** Der Verein Vernunftkraft hat die Landesregierung aufgefordert, den Zubau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein bis auf Weiteres zu stoppen. Zudem müsse die „Rechentrickerei“ des Energieministeriums bei den Lärmgrenzwerten ein Ende haben, sagte die Vereinsvorsitzende **Susanne Kirchhof** (Foto) in Kiel. Das Ministerium rechne die Lärmbelästigung einfach runter, damit die Grenzwerte eingehalten würden. Die Regierung müsse dies unterbinden. Zum Schutz der Gesundheit der Anwohner seien größere Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern notwendig. Massiv kritisierte der Verein den Fahrplan des Bundesverbands Windenergie (BWE) zum schnelleren Ausbau von Windkraftanlagen „durch Einschränkung des Klagerechts und Aufweichung der Gesetze“.



Der BWE wies die Kritik zurück. Die monierten Vorschläge orientierten sich an bereits gut etablierten Gesetzen, die unter anderem im Bereich der Infrastruktur zu schnellen und konzentrierten Verfahren führten, sagte eine BWE-Sprecherin in Kiel. Und die Berechnungsformen beim Schall entsprächen der Gesetzgebung zum Immissionsschutz. Der Verein beantwortete nicht die Frage, wie die Klimaziele der Bundesregierung ohne den Ausbau der Windenergie erreicht werden können. Auch der Norden hänge seinen Zielen hinterher.

Vernunftkraft indes, nach eigenen Angaben parteipolitisch neutral und mit 350 Mitgliedern im Norden, rechnete die Bedeutung der Windbranche im Norden runter. Nur 0,8 Prozent aller Beschäftigten seien in dem Bereich tätig. Der Anteil der Netto-Wertschöpfung liege geschätzt bei 1,5 Prozent.

In Schleswig-Holstein dürfen neue Windanlagen bis Ende 2020 nur mit Ausnahme genehmigungen gebaut werden. Der Landtag beschloss im Mai, das seit 2015 bestehende Moratorium zu verlängern. Ino

Mehr Windräder für den Klimaschutz – das plant die Große Koalition in Berlin.

FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

# Klimapaket: Groko will Windkraft stärker ausbauen

Zusätzliche Windparks an Land und auf See geplant – der Kieler Energieminister Albrecht übt dennoch Kritik

Von Henning Baethge

**BERLIN/KIEL** Die große Koalition in Berlin will die Windkraft im kommenden Jahrzehnt stärker ausbauen als bisher geplant. Das geht aus dem unserer Zeitung vorliegenden Entwurf für das Klimaschutzprogramm hervor, das Union und SPD heute beschließen wollen. Demnach sollen an Land künftig jedes Jahr Windräder mit einer Gesamtleistung von bis zu 3,9 Gigawatt hinzugebaut werden dürfen statt bisher nur 2,9 Gigawatt. So soll die an Land installierte Windkraftleistung bis 2030 von heute insgesamt 53 Gigawatt auf 80 steigen. Auf Nord- und Ostsee soll sie im selben Zeitraum von 7 auf 20 Gigawatt steigen. Bisher liegt die Obergrenze für die Meereswindparks in Deutschland bei 15 Gigawatt.

Um gleichzeitig die wegen langer Genehmigungsverfahren und zunehmender gerichtlicher Klagen eingebrochene

Zahl an baureifen Windparkprojekten an Land wieder in die Höhe zu treiben, kündigt die Groko viele weitere Maßnahmen an – ohne allerdings sehr konkret zu werden: So will sie unter anderem „Hemmnisse bei der Planung und Genehmi-



„Die Groko will an Land 80 Gigawatt Leistung erreichen – aber sagt nicht, wo die Flächen herkommen sollen.“

**Jan Philipp Albrecht**  
Umweltminister in Kiel

gung“ sowie bei der „Flächenverfügbarkeit“ beseitigen. Sie will die Standortkommunen finanziell am Ertrag der Anlagen beteiligen und Bürgerenergie fördern. Zudem sollen von Projekten betroffene Anwohner früher als bisher angehört werden. Und die Groko will einen „Südbonus“ für Windparks Süddeutschland einführen, um

so Netzengpässe im Norden zu entlasten und eine „ausgewogenere räumliche Verteilung“ der Anlagen zu erreichen.

Schleswig-Holsteins grüner Umwelt- und Energieminister Jan Philipp Albrecht übt gestern Kritik an den Plänen der Groko. Zwar begrüßte er die geplante Anhebung der Ausbau-Obergrenzen. Doch hält er das bei der Windkraft an Land gar nicht für das Entscheidende. Angesichts wachsender Widerstände müsse die Bundesregierung vielmehr vor allem ein ganz klares Bekenntnis zur Windenergie abgeben. „Die Groko will an Land 80 Gigawatt Leistung erreichen – aber sagt nicht, wo die Flächen herkommen sollen“, kritisierte Albrecht gegenüber unserer Zeitung. Er forderte daher statt der von einigen Unionspolitikern verlangten bundesweiten Mindestabstände von Windrädern zu Wohnsiedlungen das Gegenteil – einen bundesweiten „Höchstabstand“. Große Min-

destentfernungen von zwei Kilometern wie in Bayern dürfe es künftig nicht mehr geben.

Zudem findet Albrecht das Ausbauziel für Hochseewindparks von 20 Gigawatt nicht ehrgeizig genug. „Ich hätte mir 25 Gigawatt gewünscht“, sagte er. Schließlich sei ohnehin klar, dass Windkraft auf dem Meer künftig noch deutlich stärker gebraucht werde als bisher geplant. Dann könne man die neu zu bauenden Netzanschlüsse auch gleich auf den langfristig notwendigen Ausbau auslegen.

Der Kieler Minister legt heute im Bundesrat einen eigenen Antrag des Landes zum Wiederankurbeln des Windkraftausbaus vor. Darin fordert er unter anderem die Abschaffung der besonders strikten Ausbaubegrenzung im sogenannten Netzausbaugebiet, das Schleswig-Holstein und große weitere Teile Norddeutschlands umfasst. In den Plänen der Groko ist von einer solchen Abschaffung allerdings keine Rede.